

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr bis den folgenden Tag. Preis: 2.00 Mark im Monat, bei Vorbestellung 1.50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 92 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachsentung“

Wilsdruff-Dresden.

Verlag: Dresden 2011

Donnerstag 17. April 1924

Micumverträge und Reparationen

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Vertretern des Ruhrbergbaus und der Micum um zwei Monate.

Einem Erfolg haben die Vertreter der deutschen Industrie bei den Verhandlungen mit der „Micum“ doch erreicht. Diese „mission interalliée des contrôle des usines et mines“ hat doch nicht einfach so tun können, als ob ihre Forderungen an die deutsche Wirtschaft des besetzten Gebietes gar nichts mit dem zu tun hätten, was in Paris jetzt vorgebracht wurde von den Sachverständigen, sondern die deutschen Unterhändler haben es durchgesetzt, daß die Verlängerung der Verträge befristet ist, vor allem aber, daß die Finanzierung der deutschen Lieferungen auf der Basis der deutschen Vorschläge erfolgt. Die gingen dahin, daß zwar deutscherseits weiter geliefert wird aber unter Benutzung der im Sachverständigenbericht enthaltenen Lieferungen und mit rückwirkender Kraft. Die Finanzierung erfolgt also im Rahmen von insgesamt 800 Millionen — im Jahre 1924/25 — und zwar mit Hilfe der internationalen Anleihe, oder die Lieferungen müssen hinterher bar bezahlt werden, falls eine solche Anleihe nicht zustande kommt. Denn in diesem Falle soll für die Sachleistungen ein Moratorium eintreten. Damit ist wenigstens grundsätzlich erreicht, daß die finanzielle Last der Micumverträge später auf ganz Deutschland verteilt wird. Denn der Sachverständigenbericht, der die Grundlage für die weiteren Reparationsverhandlungen abgeben soll, kann als anerkannt von der deutschen Regierung betrachtet werden. Wenigstens grundsätzlich. Nach Beratung mit den Ministerpräsidenten der Länder ist man im Kabinett zu diesem Entschluß gekommen. Aber selbstverständlich dürfte sich die Verhandlung nicht auf die wirtschaftlichen Fragen des Reparationsproblems beschränken, sondern auch die politischen Fragen, also vor allem die Ruhrbesetzung usw. geklärt werden. Das betonte auch Dr. Schacht in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Echo de Paris“, der die Entscheidung Deutschlands abhängig davon macht, wie die drei Fragen beantwortet werden: erstens: wird Deutschland wirtschaftlich wie alle anderen Völker behandelt? zweitens: wird das Ruhrgebiet geräumt? und schließlich: wird die Bejahung im Rheinland auf das allernotwendigste Maß zurückgeführt?

Da ist denn die Antwort noch durchaus nicht befriedigend; denn schon scheint die französische Regierung grundsätzlich an ihrer bisherigen „Sanctions“politik festhalten zu wollen für den Fall, daß die deutsche Regierung „ihre Versprechungen nicht halten“ wolle. Darüber hinaus soll Poincaré entschieden sein, den gesamten Zahlungsplan der Sachverständigen zu verwerfen, wenn er sich über diesen Punkt mit London nicht einigen sollte. „Einigen“ — das heißt natürlich nichts anderes, als daß England nachzugeben hat. Aber Frankreich hat auch noch andere „Bedenken“ gegen den Bericht, vor allem das eine, daß er „ein unteilbares Ganze“ sein soll. Vor allem wolle man in Paris nicht davon wissen, die Ruhrpfländer auch wirtschaftlich aufzugeben — auch wenn eine militärische Räumung erfolgen würde — ehe nicht die deutschen Zahlungen durchgeführt sind. Das würde natürlich nichts anderes bedeuten, als die Grundgedanken des Berichts einfach auf den Kopf stellen.

Natürlich haben auch wir starke Bedenken gegen den wirtschaftlichen Inhalt des Berichts, wie sie Dr. Schacht gleichfalls zur Sprache brachte; aber das sind keine Versuche, ihn in seinem Wesen abzuändern. So ist Dr. Schacht der Ansicht, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit zweifellos überschätzt worden ist und daß die Lasten namentlich der ersten Jahre untragbar groß sind. Grundrichtig wosten wir zunächst einmal die Rückkehr zum Versailler Frieden, und diese Rückkehr wäre die Bejahung jener oben angeführten drei Bedingungen für die Annahme des Zahlungsplanes durch Deutschland. Keine deutsche Regierung wäre, wie Dr. Schacht erklärte, in der Lage, die uns durch den Bericht vorgeschlagenen Lasten zu übernehmen, wenn jene drei Bedingungen nicht restlos durch die Entente akzeptiert worden sind.

So wird denn die deutsche Regierung in ihrer Note an die Reparationskommission zwar ihr Einverständnis mit dem — wirtschaftlichen — Plan als Verhandlungsgrundlage erklären, aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß die politischen Fragen, die sich an das Reparationsproblem knüpfen, sofort vor den dafür zuständigen Ort, nämlich den Obersten Rat der Ententemächte kommt. Aber daß die Behandlung auch dieser Frage nicht hinter den verschlossenen Pariser oder Londoner Türen erfolgt, sondern daß eine wirkliche Verhandlung, also nicht ohne Deutschland stattfindet.

Deutschlands bejahende Antwort.

Sachverständigenbericht anerkannt.

Schriftliche Beantwortung.

Berlin, 15. April.

Amtlich wird gemeldet: In Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Staats- und Ministerpräsidenten der

Das „Ja“ der deutschen Regierung in Paris überreicht.

Dr. Rupke bei Barthou.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 16. April. Die „S. Z.“ meldet: Der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, Dr. Rupke, hat heute vormittag die Antwort der deutschen Regierung wegen des Sachverständigenberichts dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou überreicht. Die deutsche Regierung gab die bejahende Antwort auf die Frage der Reparationskommission, ob die Regierung bereit sei, auf der Grundlage des Gutachtens an der Lösung der Reparationsfrage mitzuarbeiten.

Französisch-englischer Meinungsaustrausch

Paris, 16. April. Poincaré hat gestern nachmittag eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Greer gehabt. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß der französische Ministerpräsident mit dem englischen Botschafter die Lage ins Auge zu fassen gedachte, die dadurch entsteht, daß Deutschland die Sachverständigenberichte als Grundlage für weitere Aussprachen annehme.

Die Vorbehalte Poincares.

Paris, 16. April. Auf dem Bankett der demokratischen und sozialistisch-republikanischen Partei hielt Ministerpräsident Poincaré eine bedeutsame Rede. Er beschäftigte sich zuerst mit Fragen der inneren Politik. Der wesentlichste Teil seiner Rede galt jedoch Deutschland. Er sagte, indem er von dem Bericht der Sachverständigen sprach, folgendes: Die Berichte der Sachverständigen sind die elastante Rechtfertigung der Politik, der der Senat und die Kammer zugestimmt haben. Sie beweisen, daß trotz aller Dementis Deutschland sich sitio verarmt hat und daß es fähig ist, zu zahlen. Es hat 6750 Millionen Goldmark außer Landes geben lassen. An ausländischen Devisen sind in Deutschland für 1200 Millionen (?). Deutschland hat seinen Bürgern nicht so viel Steuern auferlegt, wie die alliierten Nationen. Es hat seit 1919 nicht aufgehört, seine wirtschaftlichen Einrichtungen zu verbessern, sein Eisenbahnsystem zu vervollkommen, seine Telefon- und Telegraphenverbindungen, seine Häfen und Kanäle auszubauen. Seine Industrie ist so organisiert, daß sie eine höhere Produktion erzielen als vor dem Kriege. Das Land ist mit natürlichen Reichtümern gesegnet, und es hat die Mittel, sie in weitestem Maße auszunutzen. Seine Bevölkerung ist im Wachsen begriffen, seine Landwirtschaft entwickelt sich.

Das sind die Feststellungen der Sachverständigen. Sie kommen nicht zu dem Schluß, daß die Ziffer der deutschen Schuld herabgesetzt werden muß. Sie sehen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Zukunft nicht fest; sie zeigen vielmehr, daß diese Zahlungsfähigkeit ununterbrochen wachsen wird. Jetzt wird es Sache der Reparationskommission sein, im Rahmen ihrer Kompetenzen einen endgültigen Plan aufzustellen und bei Deutschland durchzusetzen, daß es die nötigen Schritte annimmt, um die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen in präziser Form zu organisieren.

Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit ohne Zweifel die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und steuerlichen Einheit Deutschlands voraussetzen. Aber vorläufig wird man verlangen können, daß wir unsere Pfänder erst gegen umfangreichere und

einträglichere austauschen, nicht auf prinzipielle Erklärungen, nicht auf ein bloßes mit den Lippen abgegebenes Versprechen hin, sondern, wie es die Sachverständigen ausdrücklich schreiben, erst nachdem Deutschland in die Ausführung des Sachverständigenplanes eingetreten ist.

Es kann „selbstverständlich“ keine Rede davon sein, daß wir uns aus dem Ruhrgebiete zurückziehen, ehe wir die Bezahlung des Anteils erlangt haben, der uns zusteht. Eben so wenig kann die Rede davon sein, daß wir die Kontrolle unserer Pfänder lockern, ohne daß wir gleichzeitig die Möglichkeit in der Hand behalten, diese Kontrolle wenn möglich sicher und rasch wieder herzustellen. Der Bericht sieht sogar vor, daß politische Sanktionen zur Garantierung der Durchführung des vorgesehenen Planes als wünschenswert gelten können. Die Sachverständigen erklären mit Recht, daß diese Sanktionen nicht in ihr Zuständigkeitsbereich gehören und daß es Sache der Alliierten sei, ihre Art zu bestimmen und ihre Wirksamkeit zu sichern. Wir werden also über diesen Punkt mit unseren Alliierten zu beraten haben, und da die von uns geschaffenen Organisationen in unserer Hand sind, wird es uns leichter sein, als im Jahre 1922, uns zu verständigen und unsere Interessen dabei zu wahren.

Macdonald über den Gesamtbetrag der Reparationskosten.

London, 16. April. Der Führer der Opposition Baldwin erklärte im Unterhause, die Haltung, die Macdonald betreffend die Sachverständigenberichte eingenommen habe, finde die Unterstützung des gesamten britischen Volkes. Baldwin richtete an den Premierminister die Frage, ob er einsehe, daß die Berichte der Sachverständigen keine Erklärung über den vollen Betrag der deutschen Verpflichtungen und über die Dauer der Vorzahlungen enthalten, und ob die Gesamtverpflichtungen von 6600 Millionen Pfund Sterling, die in dem Fall von 21 in London festgelegt wurden, noch immer bestehen bleiben. Macdonald erwiderte: Es sei vollkommen klar, daß die Berichte nur die Leistungen für die nächsten 6 Jahre festsetzen und daß darüber hinaus eine gewisse Maschinenrie die Operationen für eine unbegrenzte Periode fortsetzen würde. Wenn jedoch alle Regierungen zustimmen, den Bericht zur Ausführung zu bringen, so würde der Gesamtbetrag der Reparationen der Gegenstand eines Arrangements werden.

Bedrohliche Wendung in der amerikanischen-japanischen Krise.

Paris, 16. April. Nach Meldungen aus Washington zu schließen, nimmt die Auseinandersetzung zwischen Amerika und Japan anlässlich der amerikanischen Vorbehalte hinsichtlich der japanischen Einwanderungsfrage eine recht bedrohliche Wendung. Je nach dem Verlauf der Verhandlungen zwischen den beiden Staaten. Der Senat hat mit 76 gegen 2 Stimmen das bisher gültige Abkommen, das die Frage der japanischen Einwanderung nach Amerika regelt, außer Kraft gesetzt. Dieser Beschluß ist namentlich als ein Protest gegen den Brief auszuweisen, welchen der japanische Gesandte in Washington in der Frage der japanischen Einwanderung an den Unterstaatssekretär Hughes richtete.

Länder hat heute das Reichskabinett beschlossen, die Anfrage der Reparationskommission über die Sachverständigenberichte bejahend zu beantworten.

Der Reichszugler empfing die Führer der großen Parteien, um mit ihnen im Beisein des Reichsaußenministers die Berichte der Sachverständigen zu besprechen. Bei den meisten Parteien soll Abergünstigung darüber bestehen, daß die Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Reparationsregelung auf Grund der Sachverständigenvorschläge erklärt. Eine abweichende Stellung nahmen die Deutschen nationalen ein. Ihre Beauftragten erschienen Montag abend bei dem Reichszugler Dr. Marx und sprachen sich dahin aus, die Regierung möge jede Antwort an die Reparationskommission vermeiden, die irgendwie als Bindung aufgefaßt werden könne. Der Reichszugler bezeichnete die Erfüllung der deutschnationalen Forderung als unmöglich und lehnte sie ab. Die letzte Entscheidung wird aber sowieso der nach den Reichstagsneuwahlen mit großer Wahrscheinlichkeit neuzubildenden Regierung unter Gehegoberscher Zustimmung des neuen Reichstages zufallen.

Von der Entsendung deutscher Vertreter nach Paris soll abgesehen werden, die Antwort vielmehr auf schriftlichem Wege an die Reparationskommission gehen.

Britische Zustimmung.

Keinerlei Hindernisse auf englischer Seite.

Obwohl offizielle Andeutungen über die Haltung Großbritanniens gegenüber dem Bericht der Sachverständigen nicht vorhanden seien, kann, nach dem halbamtlichen Bureau Reuters, als sicher angenommen werden, daß die

Annahme des Berichts, wenn er sich für die übrigen alliierten Regierungen als annehmbar erweise, wohl keinerlei Hindernisse auf englischer Seite begegnen wird.

Dem diplomatischen Mitarbeiter der „Daily Mail“ zufolge ist die französische Regierung grundsätzlich bereit, alle Bedingungen des Berichts der Sachverständigen vorbehaltlos anzunehmen. Aber sie wüßte vorher zu wissen, welche Haltung die englische Regierung in dem Fall einnehmen würde, daß Zwangsmaßnahmen gegen eine deutsche Regierung eingeleitet werden müßten, die ihre Versprechungen nicht halte. Wenn die Unmöglichkeit sich herausstellte, zu einem französisch-englischen Einvernehmen in dieser Frage zu gelangen, so sei die französische Regierung gezwungen, den gesamten Plan der Sachverständigen zurückzuweisen. — Man hält solche Andeutungen in England mehr für Fesseln zur Erlangung von Vorteilen für Frankreich.

Der Londoner „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, daß sowohl vom englischen Ministerpräsidenten als auch durch einen offiziellen Schritt der amerikanischen Regierung in Berlin auf die Notwendigkeit der unverzüglichen Annahme des Dawes-Berichts durch die deutsche Regierung hingewiesen worden sei.

Die englisch-russische Annäherung

Revision des Versailler Friedens gefordert.

Bei der ersten Konferenz zwischen der englischen Regierung und der in London weilenden russischen Delegation hielt der englische Premierminister Macdonald eine Rede, in der er sagte, daß diese Zusammenkunft das Siegel auf die Anerkennung der Sowjetregierung durch England drückte. Die Delegierten würden folgende Aufgaben zu erledigen haben.